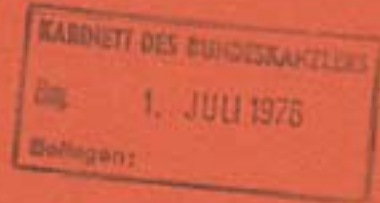


SOZIALWISSENSCHAFTLICHE
STUDIENGESELLSCHAFT

127. Bericht, Juni 1976
(Fragebogen Nr. 162)



B e r i c h t
Über eine Umfrage, betreffend
Altersklausel, Minderheiten, Über-
windung der Wirtschaftskrise, Ein-
stellung zu Gewerkschaftsbund und
Katholischer Kirche und Erdbeben-
katastrophe in Italien.

**Auszug aus einem SWS-Bericht zum Thema Minderheitenpolitik,
Juni 1976**

Bestand: III.7.b) Box 1-5

Die Aufgliederung nach dem politischen Standort zeigt folgendes Bild:

	<u>FPÖ-Anh.</u>	<u>KPÖ-Anh.</u>	<u>ÖVP-Anh.</u>	<u>SPÖ-Anh.</u>	<u>N E</u>
Ja	45 %	54 %	50 %	9 %	28 %
Nein	31 %	23 %	23 %	86 %	50 %
Andere Antworten	24 %	23 %	19 %	3 %	14 %
Weiß nicht	1 %	-	8 %	1 %	6 %

86 % der SPÖ-Anhänger antworteten "Er soll Bundeskanzler bleiben", es teilte aber auch die Hälfte der Nichtengagierten und fast ein Viertel der ÖVP-Anhänger diese Meinung.

Frage 3 lautete: Ist es für unser Land vorteilhaft oder nachteilig, daß wir sprachliche Minderheiten wie Slowenen, Kroaten und Tschechen haben oder wäre es besser, wenn es solche Minderheiten nicht gäbe?

Für die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten entschieden sich folgende Prozentsätze:

Es ist gut, daß es Minderheiten gibt	17 %
Wenn es keine Minderheiten gäbe, wäre es besser	42 %
Bei gewissen Minderheiten ist es gut, daß es sie gibt, bei anderen nicht	17 %
Andere Antworten	11 %
Weiß nicht	13 %

Von den verschiedenen Berufsgruppen gaben überdurchschnittlich häufig die Antwort "Es ist gut, daß es Minderheiten gibt" leitende Angestellte und Beamte (23 %) und Schüler und Studenten (26 %).

In Kärnten antworteten 18 % "Es ist gut, daß es Minderheiten gibt", 53 % "Wenn es keine Minderheiten gäbe, wäre es besser" und 12 % "Bei gewissen Minderheiten ist es gut, daß es sie

gibt, bei anderen nicht". Nur 6 % der Kärntner antworteten "Weiß nicht".

Verhältnismäßig minderheitenfreundlich sind die Wiener mit 22 % und die Burgenländer mit 20 %. 37 % der Wiener antworteten "Wenn es keine Minderheiten gäbe, wäre es besser", 20 % antworteten "Bei gewissen Minderheiten ist es gut, daß es sie gibt, bei anderen nicht". Besonders minderheitenfeindlich scheinen die Vorarlberger zu sein, nur 6 % antworteten "Es ist gut, daß es Minderheiten gibt" aber 66 % "Wenn es keine Minderheiten gäbe, wäre es besser". Obwohl wir darauf verweisen müssen, daß die Vorarlberger unterrepräsentiert sind und daher der Prozentsatz stärker als bei anderen Bundesländern von der tatsächlichen Meinung abweichen kann, müssen wir aber doch darauf verweisen, daß auch bei früheren Umfragen herauskam, daß in Vorarlberg mehr Einwohner ein autoritäres Syndrom zeigen als die Bewohner anderer Bundesländer.

Die jüngeren Leute fanden häufiger "Es ist gut, daß es Minderheiten gibt" als die älteren, bei ihnen war der Durchschnitt 23 %. Die Über-65-jährigen antworteten überdurchschnittlich häufig "Weiß nicht", u.zw. 20 %. Ansonsten wird mit steigendem Alter die Antwortmöglichkeit "Wenn es keine Minderheiten gäbe, wäre es besser" eher häufiger genannt, u.zw. wie folgt:

Unter 20 Jahre	33 %
20 bis 25 Jahre	38 %
26 bis 35 Jahre	45 %
36 bis 50 Jahre	45 %
51 bis 65 Jahre	44 %
Über 65 Jahre	36 %

Die Aufgliederung nach Schulbildungsstufen zeigt, daß die Antwort "Es ist gut, daß es Minderheiten gibt" mit steigendem Bildungsgrad häufiger gewählt wurde, u.zw. wie folgt:

Volksschulabsolventen	14 %
Hauptschulabsolventen	13 %
Berufs- und Handelsschulabsolventen	18 %
Maturanten	23 %
Akademiker	32 %

Die Aufgliederung nach dem politischen Standort der Befragten zeigt folgendes Bild:

	<u>FPÖ-Anh.</u>	<u>KPÖ-Anh.</u>	<u>ÖVP-Anh.</u>	<u>SPÖ-Anh.</u>	<u>N E</u>
Es ist gut, daß es Minderh.gibt	16 %	46 %	17 %	17 %	15 %
Wenn es keine gäbe, wäre es besser	48 %	14 %	45 %	40 %	42 %
Bei gewissen Minderheiten ist es gut, daß es sie gibt, bei anderen nicht	17 %	26 %	15 %	20 %	14 %
Andere Antworten	13 %	9 %	11 %	10 %	11 %
Weiß nicht	6 %	6 %	12 %	12 %	17 %

Mit Ausnahme der Kommunisten sind die Prozentsätze bei der Antwortmöglichkeit "Es ist gut, daß es Minderheiten gibt" und "Wenn es keine gäbe, wäre es besser" nicht sehr unterschiedlich. Offensichtlich handelt es sich hier um ein Problem, bei dem die Meinungen quer durch die Parteien gehen.

Frage 4 lautete: Welche Rechte sollten Minderheiten haben?

Es konnten alle Rechte angeführt werden, die als gerechtfertigt befunden wurden. Es wurden genannt:

Gebrauch ihrer Muttersprache bei Behörden und Gerichten	29 %
Zweisprachige Ortstafeln in ihren Siedlungsgebieten	22 %
Zweisprachige Schulen	21 %
Minderheiten-Probleme sind mir egal ...	11 %
Minderheiten sollen keine Ausnahme haben	35 %
Andere Antworten	5 %
Weiß nicht	6 %

Männer antworteten häufiger als Frauen "Gebrauch der Muttersprache", u.zw. 31 gegenüber 26 %. Die Antwort "Minderheiten sollen keine Ausnahme haben" bejahten überdurchschnittlich häufig selbständig Erwerbstätige (50 %), Schüler und Studenten antworteten überdurchschnittlich häufig "Gebrauch ihrer Muttersprache bei Behörden und Gerichten" (41 %). Überdurchschnittlich häufig "Gebrauch ihrer Muttersprache bei Behörden und Gerichten" und "Zweisprachige Schulen" und "Zweisprachige Ortstafeln" nannten leitende Angestellten und Beamte mit 42, 36 und 35 %.

Eine Aufgliederung nach Bundesländern zeigt Tiroler, Niederösterreicher und Wiener als verhältnismäßig minderheitenfreundlich, u.zw in dem Sinne, daß 29 % der Tiroler, 28 % der Wiener und 31 % der Niederösterreicher die Antwortmöglichkeit "Minderheiten sollen keine Ausnahme haben" wählten gegenüber einem Durchschnitt von 35 %. Vorarlberger und Salzburger sprachen sich mit 50 %, Burgenländer mit 58 % dafür aus, Minderheiten keine Ausnahmen zuzugestehen. Diese Antwort erklärt sich bei den Tirolern aus der Nähe Südtirols ziemlich zwanglos, im

Burgenland dürfte die Auffassung des Landeshauptmanns keine Ortstafeln aufzustellen, diese Antwort geprägt haben, für Salzburg bietet sich keine Erklärung an.

Eine Aufgliederung nach den Altersstufen zeigt wiederum die Unter-20-jährigen überdurchschnittlich minderheitenfreundlich hinsichtlich der Anwendung der Muttersprache, die Jahrgänge von 26 bis 65 waren überdurchschnittlich häufig dafür keine Ausnahmen zu machen, u.zw. mit 40 bzw. 36 %. Jahrgänge über 65 antworteten überdurchschnittlich häufig "Weiß nicht".

Die Aufgliederung nach dem Bildungsgrad zeigt eine starke Zunahme der positiven Antworten hinsichtlich Gebrauchs ihrer Muttersprache bei Behörden und Gerichten, u.zw. wie folgt:

Volksschulabsolventen	23 %
Hauptschulabsolventen	22 %
Berufs- und Handelsschulabsolventen	30 %
Maturanten	35 %
Akademiker	55 %

Gegenläufig war die Häufigkeit der Antwort "Keine Ausnahme", u.zw. wie folgt:

Volksschulabsolventen	39 %
Hauptschulabsolventen	37 %
Berufs- und Handelsschulabsolventen	35 %
Maturanten	34 %
Akademiker	25 %

Eine Aufgliederung nach dem politischen Standort der Befragten zeigt folgendes Bild:

	<u>FPÖ-Anh.</u>	<u>KPÖ-Anh.</u>	<u>ÖVP-Anh.</u>	<u>SPÖ-Anh.</u>	<u>N E</u>
Muttersprache	27 %	37 %	29 %	31 %	22 %
Zweisprach.Ortstafeln	20 %	43 %	21 %	24 %	20 %
Zweisprach.Schulen	20 %	26 %	20 %	21 %	21 %
Ist mir egal	11 %	11 %	15 %	9 %	11 %
Keine Ausnahme	45 %	11 %	34 %	35 %	36 %
Andere Antworten	4 %	9 %	5 %	5 %	6 %
Weiß nicht	3 %	6 %	5 %	5 %	9 %

Die Aufgliederung zeigt bei den großen Gruppen keine markanten Unterschiede, außer daß 45 % der Anhänger der FPÖ die Antwortmöglichkeit "Minderheiten sollen keine Ausnahme haben" wählten.

Frage 5 lautete: Wie groß müßte der Anteil der Minderheit an den Einwohnern einer Ortschaft sein, daß die Minderheit einen Anspruch auf eine zweisprachige Ortstafel hat ?

Diese Frage wurde nur an jene gerichtet, die bei der Frage 4 sich positiv für zweisprachige Ortstafeln ausgesprochen hatten. Es waren dies insgesamt 394 Personen. Es waren Prozentzahlen von 0 bis 50 vorgesehen und es entschieden sich für die einzelnen Prozentzahlen des Minderheitenanteils folgende Prozente der Befragten:

<u>Prozentzahl der Minderheit</u>	<u>Prozentzahl der Befragten</u>
Unter 10 %	9 %
Erst ab 10 %	13 %
Erst ab 20 %	15 %
Erst ab 25 %	20 %
Erst ab 30 %	16 %
Erst ab 50 %	19 %
Andere Antworten	2 %
Weiß nicht	6 %

Es ist somit nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten, die zur Aufstellung von Ortstafeln positiv Stellung nahmen, die schon bei einem Prozentsatz, wie ihn die Kärntner Parteien ins Auge fassen, Ortstafeln aufstellen lassen will. In Kärnten selbst ist aber die Bevölkerung eher bereit, bei bereits geringeren Prozentsätzen Ortstafeln aufstellen zu lassen. Während im Bundesdurchschnitt unter 25 %:fremdsprachige : 37 % zweisprachige Ortstafeln aufstellen lassen wollen, sind es in Kärnten 49 %, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß es sich bei diesen Prozentsätzen eben nur um die Aufgliederung jener Gesamtsumme handelt, die überhaupt für die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln ist, und das ist nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten im Bundesdurchschnitt und etwas mehr als ein Viertel in Kärnten. Die Aufgliederung nach dem politischen Standort der Befragten zeigt keine nennenswerten Unterschiede zwischen der Auffassung der ÖVP- und SPÖ-Anhänger, während die Anhänger der FPÖ, es handelt sich natürlich nur um sehr kleine Prozentsätze, und die nichtengagierten Wähler zu höheren Prozentsätzen der Minderheit als Voraussetzung für die Gewährung einer Fzweisprachigen Ortstafel tendieren.

Frage 6 lautete: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ?

Für die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten entschieden sich folgende Prozentsätze:

Wir stecken noch in einer Krise .	46 %
Wir haben die Krise überwunden ..	33 %
Es gab gar keine Krise	10 %
Andere Antworten	5 %
Weiß nicht	6 %